

ELEKTORALER TSUNAMI IN SERBIEN

DIE NEOLIBERAL-KONSERVATIVE SERBISCHE FORTSCHRITTPARTEI GEWINNT WEIT MEHR ALS DIE ABSOLUTE MEHRHEIT DER MANDATE

Von Boris Kanzleiter, Belgrad.

Ein überzeugender Wahlsieg der Serbischen Fortschrittspartei (SNS) und ihres Frontmannes Aleksandar Vučić war im Vorfeld der Parlamentswahlen am 16. März 2014 von allen BeobachterInnen erwartet worden. Aber dass es ein elektoraler Tsunami werden würde, ist dann doch eine Überraschung.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebniss verdoppelt die Fortschrittspartei ihr bereits gutes Resultat von 2012 (24,05 Prozent) auf stolze 48,34 Prozent. Die Sozialistische Partei Serbiens (SPS), welche bisher mit der SNS regierte, erreicht mit 13,51 Prozent nur unwesentlich weniger als 2012 (14,51 Prozent). Die bisherige Regierungskoalition legt zusammen also mächtig zu.

Ganz im Gegensatz zur Opposition. Die einst mächtige Demokratische Partei (DS) kollabierte buchstäblich von 22,07 Prozent (2012) auf jetzt nur noch 6,04 Prozent, das schlechteste Ergebnis, das diese traditionsreiche Partei seit der Einführung des Mehrparteiensystems 1991 erhielt. Die vom ehemaligen Präsidenten Boris Tadić geführte Neue Demokratische Partei (NDS), eine Abspaltung der DS, erhielt auch nur 5,71 Prozent. Die Parteien der nationalen Minderheiten (Ungarn, Muslime und Albaner) konnten sich mit einigen Mandaten im Parlament halten. Sie müssen die Fünf-Prozenthürde nicht überspringen.

Alle anderen Parteien dagegen werden ihre Fraktionen in der Skupština, dem serbischen Parlament, auflösen müssen, weil sie an der Fünfprozenthürde gescheitert sind. Damit verschwinden etablierte Kräfte wie die national-konservative Demokratische Partei Serbiens (DSS) des ehemaligen Präsidenten Vojislav Koštunica, die neoliberale Liberaldemokratische Partei (LDP) des Djindjić-Zöglings Čedomir Jovanović und die Partei der Vereinten Regionen (URS) des ehemaligen Wirtschaftsministers Mladjan Dinkić aus dem parlamentarischen Leben. Die Rechtsextremisten der Serbischen Radikalen Partei (SRS) und Dveri bleiben ebenfalls außerparlamentarisch.

ERFOLGSREZEPT DER FORTSCHRITTPARTEI: INSZENIERUNG DES «KAMPFES GEGEN KORRUPTION» UND «NORMALISIERUNG» DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

Es ist mehr als ungewöhnlich: Während in vielen Ländern der Region – und ganz Europas – im Kontext der Wirtschaftskrise seit 2008 Regierungen meist nach einem Mandat wieder abgewählt werden und die Opposition zum Zug kommt, ereignet sich in Serbien genau das Gegenteil. Die stärkste Regierungspartei verdoppelt ihr Ergebnis und die Opposition schmilzt auf ein trauriges Häufchen zusammen. Was geht in Serbien vor sich? Was ist das Erfolgsrezept der Fortschrittspartei?

Die Antwort auf diese Frage ist einfach: Auch wenn die SNS bereits knappe zwei Jahre an der Regierung ist, führte sie einen Wahlkampf als wäre sie eine Oppositionspartei. Das war deshalb möglich, weil die SNS 2012 zwar deutlich besser abschnitt als die Sozialisten, Aleksandar Vučić aber das Amt des Premierministers dennoch dem SPS-Chef Ivica Dačić überließ. Damit wollte die Koalition die Befürchtungen in den Botschafter der westlichen Länder zerstreuen, in denen der ehemalige Rechtsextremist Vučić vor zwei Jahren noch als unzuverlässig galt. Immerhin hatte er noch 2007 als führendes Mitglied der Serbischen Radikalen Partei Stimmung für Kriegsverbrecher wie Ratko Mladić und Radovan Karadžić gemacht. Der ehemalige Milošević-Pressesprecher Dačić galt 2012 in der internationalen Diplomatie dagegen bereits als zuverlässig «normalisiert». Er hatte in der Regierung mit der Demokratischen Partei von 2008 bis 2012 das Innenministerium inne und die SPS auf einen neoliberalen Modernisierungskurs gebracht.

Vučić positionierte sich bei der Regierungsbildung im Sommer 2012 in der Hierarchieebene als stellvertretender Premierminister also hinter Dačić. Gleichzeitig begann Vučić aber in seinem neu geschaffenen Job als «Geheimdienstkoordinator» eine Dauerkampagne gegen die «Organisierte Kriminalität» und «Korruption». Einen Durchbruch erreichte er bereits im Dezember 2012 mit der Verhaftung von Miroslav Mišković, dem wohl reichsten serbischen Wirtschaftskapitän. Mišković hatte – ähnlich wie die russischen «Oligarchen» – sein Imperium in der Phase der «ursprünglichen Akkumulation» während der Kriege der neunziger Jahre gegründet. Er gilt als der Prototyp des neureichen, kriminellen Wirtschaftslenkers, der korrupte Politiker dirigiert wie Marionetten. Niemand hielt es für möglich, dass ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet werden könnte. Aber es blieb nicht beim Fall Mišković: Mit fast täglichen neuen Enthüllungen von Korruptionsfällen, Ankündigungen von Verhaftungen und tatsächlichen Verhaftungen füllt Vučić seit fast zwei Jahren die Medien.

Gleichzeitig inszeniert sich Vučić als selbstloser «Reformator», dem keine Last zu schwer ist, wenn er nur seinem geliebten Serbien dienen kann. Vučić zelebriert sich als Frühaufsteher, der ruhelos auf der Suche nach internationalen Investoren für die marode Industrie ist. Vučić half im Winterchaos im Januar aber auch kleine Kinder aus Schneewehen auf der Autobahn zu befreien. Vučić hat für alle Sorgen und Nöte der BürgerInnen Verständnis. Die vielen Runzeln auf der Stirn des 44-jährigen Rechtsanwalts sollen zeigen, dass er ständig um das Wohl seiner Mitmenschen besorgt ist. Die heißen Kastanien der Regierungsarbeit ließ Vučić freilich lieber andere aus dem Feuer holen. So war es Premierminister Dačić, der im Herbst 2013 den unpopulären Kosovo-Kompromiss in Brüssel aushandeln musste. Im Januar 2014 erfolgte daraufhin die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der EU.

Den Erfolg der Kosovo-Verhandlungen heftete sich allerdings wieder Vučić ans Revers. Der ehemalige Kosovo-Mystiker gilt heute als euphorischer Anhänger der Europäischen Union. Er ernannte Franco Frattini zu seinem persönlichen Berater. Der ehemalige Berlusconi-Intimus, Außenminister Italiens und EU-Kommissar ist als Nachfolger des Nato-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen im Gespräch. Besonders enge Beziehungen scheint Vučić mit der deutschen CDU und der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) aufzubauen. Ein paar Tage vor den Parlamentswahlen erhielt Vučić sogar die Ehre einer seltenen Privataudienz bei Alt-Kanzler Helmut Kohl in Oggersheim. Die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik Angela Merkels preist er als ein Rezept für Serbien an. Im verarmten und deindustrialisierten Serbien gelten gute Beziehungen zu Deutschland als wichtig. In diesem Sinne eifert Vučić seinem ehemaligen Erzfeind Zoran Djindjić von der Demokratischen Partei nach, der 2003 erschossen wurde. Scheinbar paradoxe Metamorphosen – aber letztlich gar nicht schwer zu verstehen: Es geht um die Macht.

DEGRADIERUNG DER EHEMALIGEN ANTI-MILOŠEVIĆ KOALITION

Die Stärke von Vučić ist die Schwäche der Opposition. Der dramatische Zerfall der ehemaligen Anti-Milošević Koalition hat verschiedene Gründe. Einerseits ist der Demokratischen Partei mit der proeuropäischen Wendung der ehemaligen Radikalen Partei, die jetzt als Fortschrittspartei firmiert, die Mobilisierungsressource der Angst vor dem Rechtsextremismus abhanden gekommen. Bei den Wahlen 2012 und 2008 konnte die DS noch darauf verweisen, dass mit der Machtübernahme Vučićs eine Rückkehr in die düsteren 90er Jahre drohe. Dieses Argument zog 2014 nicht mehr. Denn Vučić und seine Fortschrittspartei ist mittlerweile zum Liebling der internationalen Gemeinschaft avanciert. Krieg und internationale Isolation sind weit entfernt.

Mindestens genau so wichtig – wahrscheinlich sogar wichtiger – ist aber die katastrophale Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche die Anti-Milošević-Kräfte unter der Führung der Demokratischen Partei nach dem Sturz des Potentaten im Oktober 2000 geführt haben. Mit einem Privatisierungsgesetz 2001 wurde die schnelle Übernahme wesentlicher Teile der Industrie durch «Investoren» ermöglicht, deren Interessen meistens nicht in der Modernisierung der Produktion sondern in der Zerstücklung der Betriebe und einem kurzfristigen Extra-Profit durch den Verkauf von Liegenschaften lagen. Die neoliberale Maxime der Senkung der Lohnkosten, um «Auslandsinvestitionen» ins Land zu locken, flankierte die Privatisierungspolitik genauso wie die Öffnung der Märkte für ausländische Banken, die «billige» Kredite anboten. Nach dem Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008 kollabierte das «catch up» Modell im Strudel aus steigenden Zinsen, einem Kapitalabzug der ausländischen Banken und dem Zusammenbruch des Binnenmarktes. Die Folgen sind der beschleunigte Zerfall der Industriestrukturen und eine Arbeitslosenquote von über 25 Prozent, ein Niedriglohnsektor im Dienstleistungs- und «Green field»-Bereich sowie private und öffentliche Überschuldung.

Geschickt ist es Vučić gelungen, mit dem Antikorruptionsdiskurs die Ursachen der Krise zu personalisieren. Nur eine Handvoll junger linksorientierter Intellektueller analysiert in Serbien heute die schwerwiegenden strukturellen Probleme der neoliberalen Politik der vergangenen 14 Jahren, die Prozesse der Peripherisierung der gesamten Region, und versucht ökonomische Alternativen zu entwickeln. Der Mainstream erregt sich lieber emotional über «Korruption», «Misswirtschaft» und ergeht sich in ad hominem Spekulationen über den Einfluss von bestimmten «Oligarchen» auf bestimmte Politiker. Im Antikorruptionsdiskurs von Aleksandar Vučić ist es die verbrecherische Energie einzelner unmoralischer Übeltäter, die für den Zerfall von Industrie und Infrastruktur sowie Würde und Anstand in Serbien verantwortlich sind. Durch eine geschickte Steuerung der Boulevardpresse hat Vučić die Repräsentanten der Demokratischen Partei – vor allem deren Vorsitzenden Dragan Djilas – sowie Privatisierungsgewinner wie Mišković als Einzelpersonen zum Grundübel des gesamten Transitionsprozesses erklärt.

Die Absurdität des Antikorruptiondiskurses indes besteht darin, dass Vučić mit seiner Forderungen nach «Reformen» im Kern die Radikalisierung der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik fordert, die die Ökonomie in den vergangenen Jahren zerstört hat und die korruptiven Privatisierungen erst ermöglichte. Für die kommenden Monate sind eine Flexibilisierung des Arbeitsgesetzes, Kürzungen im öffentlichen Sektor, Massenentlassungen und die weitere Privatisierung von Staatsunternehmen angekündigt. Und sicher werden unter dem Jubel der Boulevardpresse wieder ein paar korrupte Beamte und Politiker verhaftet werden.

Das negativ Image der «Demokraten» ist freilich nicht nur die Folge der Medienkampagnen von Aleksandar Vučić. Die führenden Politiker der DS haben sich durch ihre Skandale und Spaltungen vielmehr selbst bemüht, der Öffentlichkeit einen möglichst schlechten Eindruck von sich zu vermitteln. Die extrem neoliberale Liberaldemokratische Partei (LDP) ist bereits 2005 aus einer Abspaltung der DS entstanden und versuchte das Djindjić-Erbe für sich zu reklamieren. Das Problem dabei war nur, dass LDP-Führer Čedomir Jovanović meist nur wirre Parolen von sich gab, die nur ganz gutwillige Kommentatoren für ein politisches Programm hielten. Djindjić-Nachfolger Boris Tadić führte die DS gleichzeitig wie ein selbstherrlicher Sonnenkönig. Zwischen 2004 bis 2012 kontrollierte er neben der Partei als serbischer Präsident auch die jeweiligen Premierminister und überzog damit regelmäßig sein Mandat. Nach seiner Abwahl 2012 brachen in der DS Diadochenkämpfe aus. Die Riege der Vize-Präsidenten (Bojan Pajtić, Dragan Šutanovac, Dušan Petrović und Dragan Djilas) zogen jeweils ein Teil der DS-Klientel auf ihre Seite und fielen in einem unerbittlichen Machtkampf übereinander her. Das Resultat ist eine zerbrochene DS, deren Einzelteile zusammen nur wenig mehr als zehn Prozent erreichten. Nur wenige Akteure auf der politischen Szene in Serbien halten das für einen Verlust.

Ein Lichtblick der Wahlen ist auch das schlechte Abschneiden der Demokratischen Partei Serbiens (DSS) von Vojislav Koštunica. Der Mann, der am 5. Oktober 2000 Milošević stürzte, entpuppte sich für die Öffentlichkeit bald als das was er auch schon davor war – als ein eingefleischter rechtskonservativer Nationalist. Die DSS ist in Serbien – neben rechtsextremistischen Splittergruppen – die einzige größere Partei, die noch immer die Rückgewinnung des Kosovo in ein voll integriertes Institutionensystem Serbiens anstrebt, alle anderen sehen die Lösung in einem bilateralen Arrangement zwischen Serbien und Kosovo unter Wahrung der serbischen Verfassung. Die Quittung für den Realitätsverlust hat die DSS von den WählerInnen bekommen. Sie hat die Fünf-Prozent-Hürden nicht übersprungen.

EINE PARLAMENTARISCHE LINKE GIBT ES IN SERBIEN NICHT

Eine parlamentarische Linke in Serbien gab es in der alten Skupština nicht, und sie wird es auch in der neuen nicht geben. Denn alle drei Parteien, die für sich in Anspruch nehmen «sozialistisch» oder «sozialdemokratisch» zu sein, fungieren tatsächlich als fünftes Rad am Wagen der Fortschrittspartei. Sie stützen Aleksandar Vučić und hoffen im Windschatten seiner Popularität, ein Plätzchen an der Macht zu erhalten. Von einer eigenständigen linksorientierter Politik keine Spur.

Ins Auge fällt natürlich zuerst die Sozialistische Partei Serbiens. Die ehemaligen Milošević-Sozialisten waren bei der liberalen Wende die Trendsetter für die ehemaligen Radikalen. Bereits vor dem Tod Miloševićs in der Haager Untersuchungshaft im März 2006 brachte der neue Parteichef Ivica Dačić die Sozialisten auf «Normalisierung-» und «Modernisierungskurs». Im Mai 2008 erhielt Dačić bei einem Besuch in Athen die Unterstützung des damaligen PASOK-Chefs und Präsidenten der Sozialistischen Internationale (SI), George Papandreou, für ein Beitritts-gesuch der SPS in der SI. Auch die deutsche SPD und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) öffneten sich für die SPS. Aus Berlin wurde 2008 die Bildung einer Koalition mit der Demokratischen Partei unterstützt, welche ebenfalls Mitglied der SI ist.

Die Rolle der SPS zuerst in der Koalition mit der DS (2008-2012) und anschließend mit SNS ist schnell umschrieben. Die Sozialisten liefern als langjährige Regierungspartei mehr oder weniger kompetente Führungskräfte für die staatliche Verwaltung und können damit ihr Funktionärsklientel versorgen. Hin und wieder kann Parteichef Dačić als Innenminister mit populistischen Paukenschlägen gegen «albanische Terroristen» oder «Scheinasylanten» (damit meint er serbische Roma, die nach Deutschland migrieren) den starken Mann markieren. Ein paar Relikte sozialistischer Symbolik und politisch leere Gesten des Antifaschismus hält die «Jugo-Nostalgiker» bei der Stange. Den Pensionären wird erfolgreich suggeriert, nur die Sozialisten setzen sich für ihre Interessen ein. Im Ganzen aber, trug die SPS zuerst die neoliberale Politik der DS und dann die neoliberal-konservative Politik der SNS mit.

Wenn es nach der SPS geht, wird es genauso weitergehen: Noch in der Wahlnacht eilte Dačić ins Hauptquartier der SNS nach Novi Beograd. Dort gratulierte er Vučić und bot weitere Zusammenarbeit an. Obwohl die SNS auch alleine regieren kann, schließt Vučić die Fortführung der Koalition nicht aus. Für Vučić hätte das den Vorteil, die Opposition fast vollständig zu neutralisieren. Es hätte aber auch einen Nachteil: Denn viele SPS-Funktionäre sind bis zum Hals in Korruptionfälle verwickelt, die dem Image der SNS schaden könnten. Ivica Dačić hat beispielsweise eingestandenermaßen engen Kontakt zum ehemaligen Logistikchef der Drogenmafia um den montenegrinischen Kokain-König Darko Šarić gehalten. Dačić ehemaliger Bürochef, Branko Lazarević, scheint bis 2009 ein Maulwurf des Šarić-Clans im Innenministerium gewesen zu sein. Wie es um das Schicksal der SPS bestellt ist, wird sich in den kommenden Tagen zeigen. Zwei Tage nach der Wahl, am Dienstag 18. März, wurde Darko Šarić verhaftet. Seine Aussagen werden zeigen, wie eng seine Beziehungen zu Dačić wirklich waren.

Noch bemitleidenswerter ist es um die Bewegung der Sozialisten (PS) bestellt. Bei dieser Kleinstpartei handelt es sich um eine nationalistische Abspaltung der SPS, die 2008 in Opposition zum «Modernisierungskurs» von Dačić entstand. Unter Führung des Publizisten Aleksandar Vulin entwickelte die PS in ihrem inoffiziellen Sprachrohr – der Wochenzeitschrift «Pečat» – zunächst eine serbische Variante der «Querfront-Politik». Rechtsextremisten aus Russland wie Aleksandar Dugin kamen darin genauso zu Wort wie hohe Würdenträger der Serbischen Orthodoxen Kirche. Die Themen des PS bestanden aus einer Verherrlichung serbischer Militärs in Geschichte und Gegenwart, dem Kampf gegen Homosexualität, dem Kampf gegen das Haager Tribunal und gegen die Abspaltung des Kosovo. Als die Fortschrittspartei 2012 ihre Wahlallianz gründete, bot Aleksandar Vučić der PS ein sicheres Plätzchen unter dem Schirm der SNS an. Man kannte sich aus den 90er Jahren. Als PS-Mitglied fungierte Aleksandar Vulin in den vergangenen zwei Jahren als Minister für Kosovo in der Regierung. Mit seiner Vergangenheit als lupenreiner Nationalist und besten Verbindungen zum Geheimdienst- und Paramilitär-Milieu der 90er Jahre schien er der geeignete Mann, um den Kosovo-Serben den Brüsseler Kompromiss zu vermitteln. Auch bei den vergangenen Wahlen kandidierte die PS wieder auf der Liste der SNS und Vulin wird voraussichtlich mit einem hohen Regierungsamt bekleidet.

Auch die Sozialdemokratische Partei Serbiens (SDPS) von Rasim Lajić ist bei der SNS untergekommen. Was 2009 als der Versuch der Gründung einer «modernen» Sozialdemokratie nach dem Muster der deutschen SPD begann, endete 2012 als ein Stimmenfänger für die Fortschrittspartei. Genauso wie die PS kandidieren die Mitglieder der SDPS auf der Liste der SNS. Die Funktion der SDPS besteht für die Fortschrittspartei unter anderem in der klientelistischen Einflussnahme auf den Gewerkschaftsverbandes SSSS, dessen früherer stellvertretender Präsident, Milorad Mijatović, über die SDPS auf der SNS Liste platziert wurde.

Auf der Liste der SNS stehen neben diesen beiden «linken» Parteien auch die monarchistische Serbische Erneuerungsbewegung SPO von Vuk Drašković und die Četnik-Freunde von Velimir Ilić und seiner Partei Neues Serbien aus Čačak. Das Crossover der SNS Liste soll wahrscheinlich die Volksverbundenheit und den serbischen Einheitsgedanken von Vučić zum Ausdruck bringen: Die politischen Ideologien sind nicht wichtig, wichtig ist allein, dass wir alle zusammenstehen.

NEOLIBERALE OFFENSIVE UND POTENTIALE DES SOZIALEN PROTESTES

Die Hoffnung der Linken in Serbien liegt nicht auf den parlamentarischen Parteien. Im Gegenteil: Keine der parlamentarischen Parteien artikuliert derzeit eine demokratisch-sozialistische linksorientierte Alternative. Diese wäre freilich dringender notwendig denn je. Mit der erdrückenden Mehrheit der Wahlen vom 16. März im Rücken wird Aleksandar Vučić und seine SNS in den kommenden Monaten eine neoliberale Offensive eröffnen. Bereits im vergangenen Spätherbst versuchte die SNS-SPS Koalition unter dem Druck des IWF, der EU-Kommission und der ausländischen Investoren das Arbeitsgesetzbuch zu «reformieren», oder besser gesagt eine weitgehende Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse durchzusetzen. Daneben sollten Kündigungsfristen und Abfindungen zu Ungunsten der ArbeitnehmerInnen verändert werden. Gleichzeitig wurde die Schließung von über hundert Staatsbetriebe und Entlassungen im öffentlichen Dienst angekündigt. Überraschenderweise regte sich erstaunlich aktiver Widerstand. Die ansonsten chronisch zerstrittenen Gewerkschaften mobilisierten gegen die Reformen. Linksorientierte Nichtregierungsorganisationen und aktivistische Gruppen initiierten eine Kampagne gegen die Reform des Arbeitsgesetzbuches.

Es war nicht zuletzt der gewerkschaftliche Protest, der im Februar zur Ausschreibung der kurzfristigen Neuwahlen geführt hat. Die Wahlen am 16. März dienen der neuen Legitimierung einer Regierung, die in den kommenden Monaten unpopuläre Maßnahmen durchsetzen wird. Höchstwahrscheinlich wird Aleksandar Vučić im Blitzverfahren vorgehen und kaum Zeit für eine parlamentarische Beratung oder Anhörungen im Rahmen des «Sozialen Dialog» einräumen. Vučić verkörpert ein neues europäisches Politikmodell, das man als «autoritären Neoliberalismus» bezeichnen kann. Die kleine serbische Linke wird es schwer haben, darauf zu reagieren. Andererseits: In der serbischen Politik der vergangenen zwanzig Jahre folgte auf jeden Höhenflug ein steiler Fall. Das wird wahrscheinlich auch bei Aleksandar Vučić so sein, vielleicht schneller als man heute denkt. Ein Indikator dafür ist die niedrige Wahlbeteiligung von nur 53,12 Prozent. Die Begeisterung für Vučić in der serbischen Gesellschaft ist kleiner als es das Tsunami-Ergebnis auf den ersten Blick suggeriert. Und das soziale Konfliktpotential ist enorm.

Belgrad, 18.3.2014

Boris Kanzleiter, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Südost Europa in Belgrad